

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 193

Montag, den 20. August 1923

14. Jahrg.

Geschäftsstelle: Danzig, Alh Spandhaus Nr. 6.
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Drucksachen 3290.

Bezugspreis: Durch d. Post u. Austräg. 300000 M.
In Pommerellen 300000 M. poln. Anzeigen: Dieb-ge-
spalt. Zeile 720000 M., auswärts 800000 M. Die Reklama-
mezeile 240000 M., ausw. 280000 M. Arbeitsmarkt
und Wohnungsanzeigen nach besonderem Tarif.

Poincaré's neueste Kriegervereinsrede.

Das unbequeme England.

Während seines Aufenthalts in Charleville hat Poincaré gestern dreimal das Wort ergriffen. Zunächst hat er bei dem Empfang im Rathaus zu Charleville an die Schrecken der deutschen Besetzung erinnert und u. a. erwähnt, daß Charleville der Sitz des Hauptquartiers gewesen sei; das seinen Erinnerungen, die man nicht vergessen könne. Poincaré begab sich dann in den Generalkonvent des Ardennendepartements, wo er seine Freude über die außerordentlichen Anstrengungen ausdrückte, die das Departement zum Wiederaufbau seiner Ruinen gemacht habe, und wo er seine Rede mit den Worten schloß: „Wir sind hart entschlossen, die Politik, die wir eingeschlagen haben, die die Billigung der Kammer gefunden hat und die dem allgemeinen Wunsch des Landes entspricht, weiter zu verfolgen.“

Zu einer ausführlichen Rede nahm sodann Poincaré das Wort bei der Einweihung des Kriegerdenkmals. In dieser Rede schilderte er die Kämpfe um Charleville, die schließlich zur Wiederbefreiung der Stadt geführt haben. Poincaré fuhr sodann fort: Es schien offensichtlich, daß die Alliierten sich nicht mehr trennen könnten, und daß sie Seite an Seite im Frieden das Werk vollenden würden, dessen Grundlage sie auf den Schlachtfeldern gelegt hatten. Sie haben Grundzüge verkündet, die die Verantwortlichkeit Deutschlands ausdrücken und das Recht der verbündeten Mächte auf die Reparation der erlittenen Schäden. Die Nationen aber begreifen bei großen Zusammenbrüchen und großen moralischen Krisen die Notwendigkeit einer Eingangs besser, als wenn sie sich im Bunde herzlicher Freundschaft und der Wiedergenesung befinden. Wenn der Bund uns das Leben gerettet hat, dann ist es nicht möglich, daß, wenn das Leben gerettet ist, der Bund unnütz wird. Wir Franzosen würden jede Tat und jedes Wort für ein Verbrechen halten, das darauf ausgeht, diesen Bund zu lösen oder zu lockern. Wir haben alle Anstrengungen gemacht und werden das weiter tun, um unsere Politik der aller Verbündeten anzunähern, und wir werden immer bereit sein, mit ihnen nach den Erleichterungen zu suchen, die eine gemeinschaftliche Aktion ihren beiden bringen könnte. England z. B. beklagt sich über eine lange und schmerzliche Arbeitslosigkeit. Die enghische Regierung täuscht sich, wenn sie sich einbildet, daß diese Arbeitslosigkeit eine Auswirkung der Ruhrbesetzung ist. Die letzten englischen Handelsstatistiken zeigen, daß nach unserem Einmarsch ins Ruhrgebiet, d. h. seit Januar bis Ende Juli die Ausfuhr und Einfuhr Großbritanniens die der ersten sieben Monate übertrifft hat. Der Transit durch England hat im Vergleich zu der Güterausfuhr des Jahres 1922 um 13,5 Prozent zugenommen. Ich schicke daraus nicht, daß England aus der Ruhrbesetzung einen Vorteil gehabt hat. Ich hätte gewünscht, daß es einen großen Nutzen davon hätte, und zwar an unserer Seite.

Ebenso wenig ist ein sehr glückliches Argument, die Gesekmächtigkeit unserer Forderung zu bestritten. Europa wird sein wirtschaftliches und moralisches Gleichgewicht erst an dem Tage wiederfinden, an dem der Friede in Europa auf solider Grundlage wiederhergestellt ist. Der Friede verlangt die lokale Ausführung der unterzeichneten Verträge und die Verantwortlichkeit der vollständigen Reparation des angerichteten Schadens. Frankreich verlangt nichts anderes. England kann nichts anderes wollen. Wir werden uns also schließlich verständigen müssen. Die öffentliche Meinung im Auslande beginnt den gegen Frankreich erhobenen Vorwurf des Imperialismus lächerlich zu finden. Im Reichstage hat Dr. Stresemann am Abend vor seiner Ernennung zum Reichskanzler den Vorwurf erhoben, daß Frankreich Napoleon nachahme, daß Frankreich die deutsche Seele nicht versteht und sie durch Provokationen reizt. Poincaré fragte, von wem die Herausforderungen gekommen seien. Wer habe sich seit Unterzeichnung des Friedensvertrages geweigert, ihn auszuführen? Wer habe sich der Auslieferung der Kriegsschuldigen entzogen und bemüht die Kontrolle der Entwaffnungskommission behindert? Wer habe sich den Kopf zerbrochen, um die Zahlung unmöglich zu machen? Ein auf der Ungerechtigkeit begründeter Frieden sei immer gefährdet. Ein Frieden, den man auf der Gerechtigkeit habe begründen wollen und den man langsam aus diesem Rahmen wieder würde hinauszuleiten lassen, wäre noch unbeständiger. „Rühren wir also nicht“, schloß Poincaré, „an dem Frieden und lassen wir einzig den Entschluß, der klug, vernünftig und friedfertig ist, nämlich die eingegangenen Verpflichtungen zu achten und ihnen Achtung zu verschaffen.“

Havenstein klebt.

Herr Havenstein sitzt immer noch im Reichsbankdirektorium. Das Ultimatum der Sozialdemokratie hat er, gestützt und aufgemuntert durch den deutschen nationalen Herrn Helfferich, nicht zum Anlaß seines Rücktritts genommen. Es werden deshalb jetzt die notwendigen Schritte unternommen werden, um den Förderer denationaler Interessen in der Reichsbank mit Schimpf und Schande davonzusagen. Zunächst wird die sozialdemokratische Fraktion am Montag mit dem Reichskanzler über die Angelegenheit Rücksprache nehmen. Von dem Ausgang dieser Verhandlung hängt es ab, ob der beabsichtigte Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages notwendig ist. Für den wilhelminischen Geist und den Herrinbau-Standpunkt, von dem das Direktorium der Reichsbank seiner ganzen Ueberlieferung gemäß noch

befangen ist, ist ein Vorfall bezeichnend, der sich in der Zentrale der Reichsbank abgespielt, hat. Am 15. August hat das Reichsbankdirektorium den Vorsitzenden des Betriebsrates Großmann fristlos entlassen. Das Abmündigungsschreiben gibt als Grund an, daß Großmann am 10. August den Druck jenes berühmten Plakates zu verhindern gesucht habe, durch das die Reichsbank wahrheitswidrig der Berliner Bevölkerung einreden wollte, daß es ihr „durch den Streik der Buchdruckereiarbeiter — der Streik hatte gerade begonnen, als das Plakat in der eigenen Druckerei der Reichsbank in Druck gegeben war — nicht möglich sei, die notwendigen Zahlungsmittel bereitzustellen, insbesondere nicht möglich sei, die für die Arbeiter notwendigen Lohngelder zur Auszahlung zu bringen.“ Ein zweiter Grund der Entlassung sollte darin bestehen, daß der Betriebsratsvorsitzende am 13. August, also in den Tagen der kommunistischen Generalstreik-

hebe, den Reichsbankpräsidenten Havenstein aufgefodert habe, sein Amt sofort niederzulegen. In Wirklichkeit handelt es sich hier nur um geübte Gründe, um das schon längst unbequeme Mitglied des Betriebsrates endlich los zu werden.

Eine spanische Schlappe in Marokko.

Nach einer Havasmeldung aus Madrid wurden nach Mitteilungen des spanischen Kriegsministeriums am 18. August in Spanisch-Marokko die Operationen eingeleitet, um die Umgebung der Stellungen der Rebellen bei Tiffasa-Afraz zu säubern. Der Widerstand der Rebellen habe die spanischen Kolonnen verhindert, ihr Ziel zu erreichen, sie haben sich am 18. August nachmittags vorläufig zurückziehen müssen. Im Kriegsministerium wisse man noch nicht, ob die Operationen sofort wieder aufgenommen werden sollen.

Ein reaktionäres Schulgesetz.

Die Verfassung des Freistaates Danzig sieht vor, daß das Schulwesen durch ein besonderes Gesetz zu regeln ist. Dieser Vorschrift der Verfassung soll nun durch einen Gesetzentwurf entsprochen werden, den der Senat dem Volkstag vorgelegt hat. Ehe man den vorgelegten Gesetzentwurf des Senats liest, um ihn einer Kritik zu unterziehen, muß man sich der Schulkonferenz für die Freie Stadt Danzig erinnern. Am 1. Tage derselben, es war am 21. Jan. 1922, wurde referiert und debattiert über den organischen Aufbau des Schulwesens. Es entstand vor dem geistigen Auge der Teilnehmer ein erfreuliches Bild der Einheitschule, für die der Danziger Schulsenator Dr. Strunk der rechte Baumeister zu sein schien. Man darf auch heute seinen persönlichen Fähigkeiten noch trauen; es fehlt ihm sicherlich nicht an gutem Willen und seine politische Parteizugehörigkeit (Dr. Strunk gehört als Demokrat heutigen Tages zur Partei für Fortschritt und Wirtschaft) sollte eine einigermaßen annehmbare Garantie für seine Leitung der Abteilung für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung sein; aber man ist enttäuscht schon beim ersten flüchtigen Ueberblicken seines Schulunterhaltungsgesetzes. Ich bin nun allerdings weit davon entfernt zu glauben, daß er der Vater des Gedankens ist, dem Volkstag eine Abschrift des preussischen Gesetzes vom 28. Juli 1906 (das ganze vorgelegte Schulunterhaltungsgesetz ist nämlich weiter nichts als durchweg fast wörtliche Abschrift) vorzulegen. Ein Schulunterhaltungsgesetz kann ja nicht den organischen Aufbau der Einheitschule bringen; aber es darf auch nicht den Ausblick darauf sperren. Dieses Gesetz begräbt sogar den schönen Zukunftstraum und wirft die Schule in ihrer Entwicklung in das Jahr 1906 zurück und noch weiter, weil es noch verschlechtert worden ist. Und weil der Demokrat Dr. Strunk es unterschrieben hat, ist er dafür verantwortlich und kann nicht, wie in ähnlichen Situationen er wiederholt sich reinzuwaschen sucht, sagen: Ich war heurteilt — in meiner Abwesenheit ist das Uebel geschehen! Die Klatten, die solange in seiner Abwesenheit auf Tischen und Bänken tanzen, sind dreier — frecher geworden und scheinen ihren Tanzplatz auf des Senators Nase gesucht und gefunden zu haben. In gleicher höhnender Weise wie durch diesen Gesetzentwurf ist der Volkstag, das Danziger Volk, seine Lehrerhaft, seine freiheitlich denkenden Geister noch nie provoziert worden. Wegen die Herren Kommissare in der Begründung des Gesetzes doch zu schreiben: Der Ausführung dieser Vorschriften (der Verfassung) soll der vorliegende vom Volkstag wiederholt verlangte Gesetzentwurf dienen — er lehnt sich an die bewährten Vorschriften des preussischen Gesetzes an, das seinerzeit aus nationalpolitischen Gründen in den Provinzen Westpreußen und Posen nicht eingeführt wurde.“ Die Zweifel, daß die Geistlichen im Gebiete der Freien Stadt gesetzliche Mitglieder der Schulvorstände sind, sollen damit befestigt werden“, steht spöttisch in der Begründung. „Wo nach den gesetzlichen Bestimmungen ein Kirchliches Amt mit einer Schulstelle verbunden ist, wird an dem bestehenden Rechte hinsichtlich der Berufung für das Kirchenamt nichts geändert“, steht im § 48 Abs. 4 des Gesetzes. Schon diese wenigen Auszüge zeigen den völlig reaktionären Charakter der Vorlage, durch den die Schule zur Magd der Kirche herabgewürdigt wird.

In der Begründung werden als Richtlinien des Gesetzes genannt: Selbstverwaltung und Parteilosigkeit der Lehrerschaft in möglichst weitem Spielraum bei der Verwaltung der Volksschulen. Um mit den Lehrern im Schulvorstand tüchtig spielen zu können, hat sich der Senat wirklich einen weiten Spielraum geschaffen. Erstens werden die Lehrer von den zum Schulverbande gehörenden Lehrpersonen nach einer von ihnen im Einvernehmen mit dem Gemeindevorstande festzusetzenden Wahlordnung gewählt. Zweitens bedürfen die Lehrer der Bestätigung der Schulaufsichtsbehörde. Drittens kann der Lehrer wieder ausgeschlossen werden, wenn er durch sein Verhalten innerhalb und außerhalb seiner Tätigkeit als Mitglied des Schulverbandes die „Ansehens, der Achtung, des Vertrauens, welche

die Zugehörigkeit zu einem Schulvorstande erfordert, unwürdig macht.“ Ein solcher Fall liegt sicher vor, wenn er nicht die Orgel spielen will für — nichts, wenn er nicht Religionsunterricht erteilen will, wenn er nicht nach der Pfeife des Gutsbesizers tanzt und dem Pfarrer aus der Hand kriht. Ist der Lehrer Sozialist, ist seine Bestätigung von vornherein schon ausgeschlossen; mit Demokraten läßt sich der Versuch zwar machen, aber an die Luft setzen muß die Behörde ihn können. Und dann die Selbstverwaltung! Wie schön das Wort doch klingt, wie schön das Gesetz dadurch wird, daß „mit Zustimmung beider Häuser des Landtages „Unserer Monarchie“, „Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden“ 1906 wie folgt verordnet wurde:

1. Die Schuldeputation handelt als Organ der Schulaufsichtsbehörde und ist als solches verpflichtet, ihren Anordnungen Folge zu leisten.
2. Die Mitglieder aus den Gemeindevorständen und den Vorsitzenden der Schuldeputation ernannt der Bürgermeister.
3. Die zu Mitgliedern der Schuldeputation bestimmten Stadtratsmitglieder bedürfen der Bestätigung.
4. Ein Mitglied der Schuldeputation kann durch Befragung der Schulaufsichtsbehörde ausgeschlossen werden.
5. Die Bestimmungen über die Geschäftsführung werden vom Gemeindevorstande getroffen und unterliegen der Bestätigung.
6. Die Schulkommission ist berechtigt, Anträge an die Schuldeputation zu stellen und verpflichtet, deren Aufträge auszuführen.
7. Der Schulvorstand schlägt seinen Vorsitzenden vor; der Landrat ernannt ihn, nach Anhörung des Kreis-Schulrates.
8. Vor der Anstellung eines Lehrers ist der Schuldeputation Gelegenheit zu einer Äußerung zu geben. (Damit verliert Danzig das Wahlrecht für seine Lehrer.) Nicht wörtlich abgeschrieben aus dem preussischen Gesetz sind Bestimmungen über Schaffung eines Landes-Schulbau-Fonds, und zwar „zwecks Verteilung der Baukosten bei Volksschulen auf breiten Schültern“. Danzig und Zoppot sollen daran nicht beteiligt sein. „Die ärmeren Vorort- (Arbeiterwohnlich) Gemeinden“ sollen zu einem besonderen Bau-Fonds zusammengeschlossen werden nach dem Sprichwort: „Vereint sind auch die Schwachen mächtig“. Alle andern Gemeinden haben die Möglichkeit, durch eine Hintertür des Gesetzes sich zu drücken, so daß überhaupt niemand mehr neue Schulen zu bauen oder alte zu reparieren nötig hat.

Die Mittelschulen und die höheren Schulen werden zu Veranstaltungen des Staates und die an ihnen angestellten Lehrer für Staatsbeamte erklärt. Sämtliche Kosten tragen die, die so dumm waren und sich durch Gründung solcher Schulen Kosten aufgelastet und so lange geduldet getragen haben. Damit die Kinder der Gutsbesitzer, nachdem sie insolge der guten finanziellen Lage des „Herrn Vaters“ in die höhere Schule hineingeschoben wurden, nicht zu toll die Priestertische quetschen, sind die Kreise verpflichtet, einen angemessenen Zuschuß zur Schulunterhaltung, dessen Höhe zu genehmigen, d. h. noch etwas zu „erhöhen“, der Schulaufsichtsbehörde vertrauensvoll überlassen bleiben soll, zu leisten. Hier soll also die Allgemeinheit wieder den Agrariern einen Teil der Kosten für den Schulbesuch ihrer Kinder abnehmen. Drohen die kleinen Städtchen wie Tegenhof und Neuteich an den Kosten für ihre höheren Schulen zu ersticken so kann, ohne in irgendeiner Weise verpflichtet zu sein, die Regierung so liebenswürdig sein und zu den persönlichen Kosten, d. h. zum Gehalt der Lehrer einschl. ihrer Teuerungs-Zuschläge, etwas beitragen, natürlich nur in den ersten Tagen nach Auflegung jeder neuen Sorte Notgeldscheine. Zur Milderung des Appetits darauf wird ihnen allerdings im § 68 der Hinweis, daß, wer Notgeldscheine fordert und annimmt, die Hälfte des Vorlagsrechts bei der Anstellung von Lehrpersonen verliert.

Wir haben die Hoffnung, und alle Anzeichen deuten auch darauf hin, daß im Volkstag sich eine Mehrheit findet, die nicht von 1906-1923 geschlafen hat und in der Vergangenheit begrabene Gesetze be- und vergraben sein läßt. Am besten dürfte es sein, die Väter dieses ungerateneren Balges stein gleich mitzubegraben! Beyer, Abgeordneter.

Tom Shaw im Ruhrgebiet.

England gegen die Rheinlandabtrennung.

Am Auftrage des Bureau der Londoner Sozialistischen Internationale befindet sich der Sekretär, Genosse Tom Shaw, seit einigen Tagen im Ruhrgebiet, um sich zu informieren und am den deutschen Parteigenossen Informationen zu bringen. Auf einer Parteiliste in Dortmund führte er u. a. aus: Ich bringe Ihnen die Grüße der englischen, französischen, belgischen, italienischen Genossen. Wir haben mit Ihren Genossen in Berlin einen Plan ausgearbeitet zur Lösung der Reparationsfrage. Deutschland sollte zahlen 30.000 Millionen Goldmark, aber drei Jahre Zeit haben, seine Wirtschaft und Finanzen in Ordnung zu bringen. Die fremden Truppen sollten vom deutschen Boden vertrieben werden. (Bravo!) Die Lage hat sich gegenüber vor drei Monaten zum Teil verschlechtert. Die italienischen Genossen können nicht viel tun, aber selbst in Bezug auf Deutschland freundlicher als Frankreich gegenüber. In Belgien ist seit drei bis vier Monaten eine Verbesserung eingetreten. Die Konfessionen, die Amerikaner sind durch den Verschiebung Frieden zu schließen in der Welt. Deutschland freundlich gegenüber. In England haben wir einen Umsturz gesehen. In England bemüht sich die Regierung, in Verhandlungen mit Deutschland zu Konzessionen für Deutschland und für Frankreich und Belgien zu kommen. Heute diskutiert man in Frankreich die Forderung: England will nichts wissen von einer Abtrennung des Rheinlandes oder der Ruhr von Deutschland. (Beifall.) Die englische Regierung hat erklärt: Die Ruhrbesetzung verleiht gegen den Friedensvertrag. England hätte lieber eine gemeinsame Antwort der Alliierten an Deutschland gegeben. Die englische Arbeiterpartei arbeitet seit Jahren für einen wirklichen Frieden. Wir wollen Frieden und Freundschaft mit Deutschland pflegen. (Bravo!) Es ist heute sehr wenig das in England gegen Deutschland.

Die Lage in Frankreich ist zu schwierig. Die sozialistische Partei ist gespalten. Seien Sie aber überzeugt: Unsere Genossen in Frankreich haben alles getan, was möglich war, alles, was Männer tun können, die Lage zu bessern. Aber sie haben zu wenig Einfluss. Die politischen Dinge in Frankreich sind gegen uns. Dort diskutiert man nicht mehr die Frage, ob das Ruhrbesetzung gut oder schlecht, recht oder unrecht ist, sondern die Preisfrage. Man sagt: Wir haben dort — was bringen wir heraus? Man diskutiert in Frankreich heute nicht über Recht und gesunden Menschenverstand. Man fragt: Wohlstand oder nicht?

Unter dem Plan zur Reparationsfrage ist geteilt an der französischen Preisfrage. Manchen Sie aber nicht. Ihre Genossen in England seien müde oder träge. Aber auch wir haben große Schwierigkeiten. Soweit es in der Macht der Parteigenossen steht, soll und wird alles gegeben, was ihnen helfen kann. Welche Aktion sollen wir unternehmen? Sprechen Sie sich ruhig aus. Bei drei Wochen hören wir in London von deutschen Genossen die Meinung: Die Genossen im Ruhrgebiet sind müde geworden. Nun — wir wollen alle Mittel gebrauchen, wenn wir ihnen helfen können. In der Propaganda ist alles gegeben. Wir hoffen, daß die englische Regierung noch ganz klar erklärt: Die Politik Frankreichs ist klüger, wir billigen diese Politik nicht. Das wäre ein neuer Strahl von Hoffnung. Auch Amerika wird nicht länger im Rücken der Welt stehen können.

Die wirtschaftliche Situation in Frankreich ist gegen uns. Der laufende Inflation wird bis heute in Frankreich nicht gestoppt. Erst im Winter wird man in Frankreich manchen spüren, was empfindlich sein wird, aber auch dann noch wird man im Volke Ursache und Wirkung nicht genügend erkennen. Wir werden aber dahin arbeiten, daß Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied sich unter den Nationen bewegen kann, ohne von Japan, Italien, Frankreich oder dem Rest bedroht zu sein.

Nach einer Ausdrucksform nahm Tom Shaw nochmals das Wort, um auf Wunsch aus der Versammlung darzulegen, wie in England und besonders in der Arbeiterpartei der positive Widerstand beurteilt werde. Er sagte, daß man den positiven Widerstand bewundere und sehr bedauern würde, wenn er ohne Ergebnis ausgehen würde. Man sage sich, der Friede sei nur möglich, wenn gültige Vereinbarungen getroffen werden. Gültige Vereinbarungen seien aber nur möglich, wenn der Kampf mit Bedingungen abgebrochen werde.

Die französischen Besatzungsbehörden verhielten sich am Sonntag im Volkspark die Oberstenoffiziere der Division und Saltsch sowie 17 Generäle der Armee mehr von Rheinlande. In Panzermobilien wurden die Verhafteten nach Reddinghausen gebracht. Sodann nahmen die Franzosen eine Menge Magazinmaterial mit. Die gesamte Besatzung der Besatzung von Rheinlande verhielt sich wie vor im Frontbereich.

Bei der Besetzung des Stummensberges in Düsseldorf beschlagnahmten die Franzosen über eine

Milliarde Lohngehalt. Gleichzeitig haben sie die Druckerei Vogel besetzt und dort sämtliche Vorräte an Reichs- und Staatsgeld fortgenommen. Auf Vorstellungen aus Wirtschaftskreisen hat der französische General geantwortet, die Besatzung werde von jetzt an Geld überall da nehmen, wo sie es findet. Die festgelegte Reichsbankstelle wurde gestern von den Franzosen wieder freigegeben.

In Aachen ist ein Deutscher namens Artur Menzel verhaftet worden, der beschuldigt wird, der Urheber des Attentats auf der Hochfelder Brücke zu sein.

Zur Verhinderung von Sabotageakten in Fabriken, Gruben usw. hat General Dequaitte in allen industriellen Unternehmungen des Ruhrgebiets, welche für Reparationen auf Reparationskonto in Frage kommen, jede Fortführung, Fortnahme und Umänderung der Einrichtungen, welche die Produktionsfähigkeit verhindern oder die Qualität der Produkte verändern könnten, verboten. Inwiderhandlungen werden an dem Täter und den verantwortlichen Direktoren oder Oberbeamten der betreffenden Unternehmungen mit Gefängnis bis zu 30 Jahren und Geldstrafen bis zu 500.000 Goldmark oder einer dieser Strafen geahndet. Die Beauftragten der französisch-belgischen Ingenieurkommission sollen das Recht haben, zur Feststellung etwaiger Veränderungen, alle Teile der Industrieunternehmungen zu untersuchen und sich alle Pläne sowie Zeichnungen und Dokumente, die darauf Bezug haben, vorlegen zu lassen. Falls die Beauftragten behindert oder ihnen die Dokumente nicht vorgelegt werden, so werden die Direktoren oder die Personen, die direkt beteiligt sind, mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafen bis zu 500.000 Goldmark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Deutschland und Rußland.

WZS. meldet: Der Reichspräsident empfing Sonnabend im Verein des Staatssekretärs Freiherrn von Malan den russischen Botschafter A. R. S. i. n. i. k. i., der als nunmehriger Vertreter des Bundes sozialistischer Sowjetrepubliken (Rußland, Ukraine, Weißrußland, Transkaukasien) sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Der Botschafter gab in seiner Aussprache der Erwartung Ausdruck, daß ihm dieselbe wohlwollende Unterstützung in seiner neuer erweiterten Tätigkeit zuteil werde, die er während seiner zweijährigen Wirkamkeit in Berlin gefunden habe. Der Reichspräsident beehrte in seiner Erwiderrungsansprache den neuen Botschafter mit dem Wunsch, daß die neue staatsrechtliche Norm dem Ausbau der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland förderlich sein möge.

Umbildung des polnischen Kabinetts?

Nach Meldung einzelner polnischer Blätter aus Warschau soll die Umbildung des polnischen Kabinetts, die von den Nationaldemokraten angestrebt wurde, von dem linken Flügel der Regierungsparteien abgelehnt worden sein. Piłsudski soll schon vor einigen Tagen mit dem Fraktionsführer der Volkspartei, Dembski, und dem Minister für Agrarreform, Lisecki, über die Ernennung Kucharski zum Finanzminister und Korwintski zum Handelsminister verhandelt haben. Doch sollen sich beide gegen eine solches Nebengewicht der Nationaldemokraten im Kabinett ausgesprochen haben. Trotzdem hält sich das Gerücht, daß Korwintski den Posten des Handelsministers erhalten soll.

Französische Annäherungsversuche an Rußland.

Die aus Moskau gebrachten wird, in der Vertrauensmann Beincorés, der frühere Minister Senator de Roux in Moskau eingetroffen. Pressevertretern gegenüber soll er geäußert haben, daß er versuchen will, in Rußland eine allgemeine (politische und wirtschaftliche) französisch-russische Annäherung herbeizuführen. In Polen legt man dieser Reise große Bedeutung bei. Es natürlich das Verhältnis zwischen Frankreich und Rußland sich auch direkt auf Polen auswirken wird. Gleichwohl versucht die polnische Seite der Regierung einer Verständigung mit Vitanen des Wort zu reden.

Es kann keine Ruhe geben, solange die eine Hälfte der Welt an Deutschland als Schuldner denkt und die andere dafür an Deutschland als Schuldner.

Der Balkan.

Man kann in Bulgarien sehr alt werden, wenn man gesund bleibt und sich von der Politik fernhält. Die Balkan haben sich. Das Meer hat seit Monaten keinen Eis erlitten, was ein Zeichen ist, daß die russische Regierung, die war gezwungen, nehmen konnte.

Petrolium.

Der Petrolium kann nicht länger Friedenssymbol sein, er muß ein Zeichen der Welt sein. Die Petrolium in China scheint so eng zu sein, daß es bei der Chinesen Separation. Sie auf und als den Petrolium der Welt liefert, unsere nationale Pflicht werden mag, Kämpfer werden und die Petrolium, wo die Petrolium Petrolium werden, in ihre Welt zu nehmen.

Selbstkritik.

Ein Engländer sagt, die Amerikaner können die Geographie nicht. Das liegt einfach daran, daß die Engländer die Welt kennen.

Die Engländer sind sehr stolz auf ihre amerikanische Freiheit. Sie sind stolz auf ihre amerikanische Freiheit, aber die Engländer sind nicht so stolz auf ihre Freiheit.

Der Diktator ist es nicht gelungen, den Krieg zu verhindern, und jetzt ist er in einem Zustand der Verzweiflung. Er überträgt seinen Gedanken an die Zukunft.

Ungewöhnliche Ereignisse auf dem Gebiet der Verkehrswirtschaft. Der bekannte Engländer E. H. B. hat in Berlin ein Gespräch mit dem deutschen Reichspräsidenten geführt. Das Gespräch war sehr interessant.

doch verlangt „Gazeta Warszawska“ zunächst eine Erklärung der „Freundschaft“ Vitanen zu Deutschland. Man nimmt an, daß in Beziehung zu dieser neuen politischen Einstellung auch eine längere Audienz steht, die Poincaré dem polnischen Botschafter Graf Samski gewährt hat.

Wirtschaft, Handel und Schifffahrt.

Preisrückgang am Weltmarkt. Seit Ende April ist in der Preisbewegung am Weltmarkt eine deutliche Wendung eingetreten. Nachdem die Preise seit ungefähr Jahresfrist mit ausbleibendem Geschäft erst langsam, dann seit Januar dieses Jahres härter angezogen hatten, verzeichnen die Hauptwelthandelsländer Amerika und England seit 3 Monaten stetig sinkende Preise. Dafür dürfte entscheidend der Stillstand in der amerikanischen Konjunktur sein, eine kleinere Rolle auch die Minderung der deutschen Kaufkraft durch die Folgen der Ruhrbesetzung spielen. Der Preisrückgang trifft alle Warengruppen, am stärksten die Rohmaterialien, darunter besonders Kohle und Eisen, und die Textilien, von denen allein die Wolle in England eine Aufwärtsbewegung aufweist. Infolge der die Einfuhr hemmenden Werteminderung wird Deutschland aus dem Rückgang besonders der Rohstoffe nur verhältnismäßig wenig Vorteil ziehen können. Auf der andern Seite würde eine allgemeine Geschäftskonjunktur den für Deutschland notwendigen Export stark erschweren; schon jetzt beginnen auf dem Weltmarkt die Preisunterbietungen eine entscheidende Rolle zu spielen. Die weltwirtschaftliche Lage wird man daher als sehr ernst ansehen müssen.

Stickstoffpreise nach Roggenwert. Reichsregierung, Landwirtschaft und Stickstoffindustrie sind übereingekommen, in Zukunft für die Bemessung der Stickstoffpreise den wertbeständigen Roggen zugrunde zu legen, und zwar derart, daß für 100 Kilo schwefelloses Ammoniak der jeweilige Gegenwert von 140 Kilo Roggen zu bezahlen ist. Zu dem so errechneten Preis kommt ein Rohstoffzuschlag, solange die Stickstoffindustrie gezwungen ist, mit ausländischen Rohstoffen zu arbeiten. Der Kalkstickstoff wird mit 819, der Natronsalpeter mit 1.019 des Preises für schwefelloses Ammoniak in Rechnung gebracht.

Steigende Kohlenpreise auch in Frankreich. Das französische Volk bezahlt die Kohlraktion mit einer erheblichen Verteuerung des Kohlenbezugs. Die französische Zeitung „Leveur“ veröffentlicht eine Zusammenstellung der Kohlenpreise, aus der hervorgeht, daß die Preise, verglichen mit denen vom August 1922, beträchtliche Erhöhungen erfahren haben. So ist u. a. der Preis für Eisenerzkohle von 135 auf 295 Franken gestiegen, für Braunkohle von 130 auf 165, für belgischen Anthrazit je nach Qualität von 200 bzw. 215 auf 255 bzw. 275 Franken. Am größten ist die Steigerung für englischen Anthrazit, wo die Preissteigerung 151 bis 170 gegenüber dem Vorjahre betrug.

Eine kommunistische Börse. In Moskau wurde vor einigen Tagen eine Getreidebörse eröffnet. Der russische Handelsminister Krajin hielt eine Rede, in der er auf die Bedeutung der Börse im Zusammenhang mit der Ausfuhrkampagne hinwies. Die kommunistischen Diktatoren hatten nach Eintritt ihrer Herrschaft alle Börsen aufgelöst. Nunmehr müssen sie eine Börse nach der andern wieder eröffnen. Auch sie müssen jetzt einsehen, daß man ein Wirtschaftssystem nicht mit Gewalt umkrempeln kann.

Eine Gewerkschaft als Unternehmer. Eine sehr geschäftstüchtige Gewerkschaft scheint der amerikanische Verband der Lokomotivführer „The Brotherhood of Locomotive Engineers“ zu sein. Dieser Verband besitzt 5 Arbeiterbanken. Gleichfalls ist er im Besitz eines beträchtlichen Teiles der Anteile einer großen Handelsgesellschaft und bereitet die Gründung einer Handelsgesellschaft in New York vor. In Cleveland hat der Verband über zehn Millionen Dollar in Unternehmen angelegt, und ferner ist er Besitzer einer Buchdruckerei, einer Versicherungsgesellschaft und mehrerer Kleinbergwerke in Virginia und Kentucky. Diese wirtschaftliche Tätigkeit läßt auf eine außerordentlich starke Finanzgrundlage der Gewerkschaft schließen. Im Hinblick auf die notwendige Zurückdrängung des profitorientierten Einflusses im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben wird man diese sonst nicht ganz bedenkenfreie Entwicklung der Gewerkschaften nur begrüßen können.

Europa im Sicht amerikanischen Humors.

Von Dr. R. Kucznarski.

Es gibt Saiten, deren Summe ein solches verwirrt Bild von ihrer Lebensspannung unterliegt. Sollte man a. d. das französische Volk nach seinem Humor beurteilen, so läßt man wohl an dem unheimlichen Ergebnis, daß sein Sinn und Trachten ausschließlich auf Profit gerichtet ist, in, daß dieses Volk offenbar degeneriert ist. Umgekehrt habe ich immer den Eindruck, daß der Humor der Amerikaner recht nachsichtsvoll die Empfindungen zum Ausdruck bringt, die dieses Volk tatsächlich hegt. Es erheben wir daher nicht nur, aus der amerikanischen Freie eine Reihe von Fragen mit europäischen Frage zusammenzuführen. Dabei möchte ich hervorheben, daß die amerikanischen Menschen in der heutigen Freie zuerst keinen guten Grund für den amerikanischen Humor in allgemeinen finden, weil sie größtenteils gerade das vermischen lassen, was den Reiz des amerikanischen Humors ausmacht: die Harmlosigkeit.

Die deutsche Mark.

Die deutsche Mark bewirkt der Welt, daß es kein abstraktes Nicht gibt. Wenn einem geschäftlichen Menschen, der nach dem Tod eines langjährigsten Geschäftes geht, schon das Gefühl überkommt, daß man die deutsche Mark empfinden, wenn sie zu dem Dollar aufwacht.

Wer will behaupten, aller Glanz sei auf der Welt erloschen? Einige Leute erwarten eine Markrenaissance.

Die Reparationsfrage.

Deutschland übertrifft sich für alles zu interessieren, nur nicht für seine Schulden. Die Entschädigung, die Deutschland zu zahlen bereit ist, beträgt rund 30.000.000.000 Mark. Die Entschädigung beträgt die Summe von 70 Milliarden Dollar. Sie werden wohl hoffen, daß sie nicht das Pilsenerger Soldaten werden können. Deutschland schaltet sich 1.190.613.218 Dollar und 50 Cent. Deutschland ist ein Land, das die Welt in die Augen schreit, wenn es in der Welt zugegen ist, und das man nicht mehr Jahre dauern.

Konstruktion eines räder- und gleislosen Fahrzeuges Aufsehen erregt und schon im Jahre 1913 die Benutzung dieser Erfindung für den Bau querfeldein fahrender Panzerwagen in Kriegszeiten (Tank) vorgeschlagen. Die neue Erfindung, die er als „mechanische Kräfteübertragung ohne Geschwindigkeitsverlust“ bezeichnet, soll in der Praxis Erprobung von ca. 90 Prozent aller zur Bewegung von Fahrzeugen notwendigen Kraft ergeben. Das System ist auf jede Art von Fahrzeugen, also auch bei Eisenbahnen und Automobilen anwendbar und verleiht deshalb eine völlige Umwälzung auf dem Gebiete der Verkehrstechnik.

Die gefährlichen Wettfahrten der Ozeandampfer. Wie aus New York gemeldet wird, wütht sich der von den englischen und amerikanischen Schiffsverkehrsvereinen gestiftete Sport, immer neue Schnellkeilsschiffe in der transatlantischen Fahrt aufzuheben, nachgerade in einem Unflug aus, der das Leben der Passagiere in ernste Gefahr bringt. In einer der letzten Nächte hatte am Hafen wieder eine große Menschenmenge, die mit atemloser Spannung darauf wartete, welches der letzten Schiffe als erstes einlaufen würde. Die drei ersten Schiffe trafen in Abständen von je einer Minute ein. Der Kapitän des Schiffes, der als erstes durchs Ziel ging, erklärte später den Berichtshaftern, die erreichte Schnelligkeit sei so groß gewesen, daß er das Schiff erst mehr als eine halbe Seemeile über die Landungsdocke hinaus zum Stillstand bringen konnte. Die geringste Störung im Mechanismus des Steuerapparats, hätte er einen hätte eine verhängnisvolle Katastrophe herbeiführen können.

Die Ausweisung eines Verordnen. Wegen der Panzerwerke auf der Rheinbrücke wurde außer fünf anderen Panzer von Bürgern auch Kommerzienrat Florian Kupferberg von den Franzosen ausgewiesen. Bei Verweigerung des Ausweisungsbefehls mußte den Franzosen mitgeteilt werden, daß der Genannte bereits seit 1921 verbannt ist. Darauf ist der Ausweisungsbefehl einfach auf einen Sohn, einen Mitinhaber der Seiffelerei Kupferberg u. Co. in Mainz übergegangen.

Der Kölner Dom auf Briefmarken. Eine Briefmarken mit dem Bilde des Kölner Doms ist jetzt von der Reichsdruckerei hergestelt. Sie ist in Kupferdruck hergestelt. Die Farbe des Bildes ist olivgrün. Das Bild ist hochsteil. Die Herstellung des Domes tritt in der Zeichnung noch mehr hervor als in Wirklichkeit. Den Hintergrund bildet ein bewölkt Himmel, auf dessen oberem Ende 10.000 Mark zu lesen ist.

Danziger Nachrichten.

Der skandalöse Fleischwucher.

Wohl auf keinem Gebiete haben die in den letzten Wochen zu verzeichnenden wucherischen Preissteigerungen so ungeheure Formen angenommen wie auf dem Fleischmarkt. Hier für Fleisch aller Art und mittelmäßige Wurst durchschnittlich 1 Million Mark pro Pfund und teilweise sogar noch darüber verlangt werden, so geht das weit über das erträgliche und zulässige Maß hinaus. Es ist hier das gleiche wie bei vielen anderen Waren festzustellen: die Preise sind mit dem Dollar sehr schnell heraufgegangen und trotz seines Rückganges oben geblieben. So ergab sich der Aufkauf, daß die Fleischpreise in den letzten Tagen fast das Doppelte der Preissteigerungen betragen. Selbst wenn man nun den wucherischen Preis etwas angelegenen Dollarland berücksichtigt, gehen die geforderten Fleischpreise weit über das berechnete Maß hinaus. Wenn man für Schweinefleisch einen Preisbereitschaft von 80 Pfennig und eine Wurstmarkierung um 1 Million (Dollar 4,2 Millionen) in Rechnung stellt, so käme man höchstens auf einen Preis von 800 000 Mark. Geordert werden jedoch wucherischerweise 1 bis 1,2 Millionen Mark. Für die anderen Fleischsorten und für Wurst ist das Verhältnis noch untragbarer. Berücksichtigt man den Dollarstand der ersten Tage der vergangenen Woche, wo sich nur eine Entwertung um das 500 000- bis 600 000-fache ergab, so ist der Wucher noch krasser.

Man muß sich immer wieder fragen, warum hier die Wucherpolizei nicht sofort mit scharfer Hand eingegriffen hat. Durch ihr Versagen haben sich Händler und auch Salschächer in einer ungeheuren schandbaren Weise bereichert. Um diesen Reuten endlich mal das Handwerk zu legen, müßte ihnen noch nachträglich der Prozeß gemacht werden. Der Polizeipräsident hat in einer Bekanntmachung das Publikum aufgefordert, alle Fälle übermäßiger Preisforderungen zur Anzeige zu bringen. In dieser allgemeinen Form wird eine Bestrafung des Wuchers kaum Erfolg haben. Solange keine bestimmten Normen für die Preisberechnung aufgestellt sind und das Publikum einen Anhalt bekommt, was als Wucher anzusehen ist, besteht die Gefahr, daß die Polizei wohl mit vielen ergebnislosen Anzeigen überlaufen wird und dafür das Nachschlingende unbeschadet läßt. Anstatt dieser Aufzählung hätten sofort Wucherkontrollen in allen Fleischgeschäften stattfinden und alle Verkäufer, die ihre Preise über den Spitzmarkt gestellt hatten, zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Hier ist durch die mangelnde Intelligenz der Behörden viel versäumt worden. Aber noch ist es nicht zu spät, um diese habgierige Auswucherung nachträglich gerichtlich abzuurteilen zu lassen. Eine Verurteilung auf seltener Tat wäre allerdings ungleich wirkungsvoller gewesen und hätte dazu beigetragen, daß der größte Teil der Bevölkerung sein Erläutern hätte, während sich bei diesen Wucherpreisen die meisten Familien den Fleischgenuss vollkommen verweigern mußten.

Auch die Schlachthofverwaltung, die diese Zustände mit am ersten übersehen mußte, hat mit ihren Maßnahmen verhängnisvoll lange gezögert. Seit Jahren treiben die Großhändler ungehindert ihr verwerfliches Spiel und verteuern durch ihre Profitgier die Danziger Bevölkerung ihre fargen Fleischwaren immer mehr. Der hohe Stand der Fleischpreise wird zwar mit dem Steigen der politischen Mark begründet, da zwei Drittel des Fleischbedarfs jetzt aus Polen eingeführt werden. Aber auch die politische Mark ist mit dem Dollar wieder erheblich heruntergegangen. Die Fleischpreise blieben jedoch hoch, obwohl die Notierungen auf dem Viehmarkt in Polen ebenfalls erheblich heruntergingen. Hier kann es sich nur um unfaubere Praktiken der Händler handeln. Wie wir hören, soll nun auch endlich die längst geforderte Konzeptionsierung des Viehhandels erfolgen, wodurch den gewissenlosen Elementen unter der Händlerschicht hoffentlich das Handwerk gelegt wird. Um die Konjunkturlage infolge des geringen Auftriebes zu entspannen, ist auch die Einfuhr von ausländischem Vieh und Fleisch geplant, wodurch eine Preislenkung erzielt werden dürfte. Im übrigen wird auch die morgen zusammen tretende Notierungskommission gründlich nach dem Rechten zu sehen haben. Bei einem Zusammenwirken aller Kräfte sollte es endlich möglich sein, die Preisgestaltung für Fleisch und Wurst in ordnungsmäßige Bahnen zu bringen.

Die Danzig-polnischen Verhandlungen.

Im Hauptauschuß des Volkstages berichtete Senator Jewelowski über die Verhandlungen mit einer polnischen Delegation, die letzter Tage in Danzig weilte. Wir haben schon in der Sonnabendnummer in Kürze hiervon Mitteilung gemacht. Der Senat hat die Verpflichtung übernommen, dafür zu sorgen, daß Lebensmittel nicht aus dem Vorkauf ausgeführt werden dürfen, außer solchen, die im Vorkauf vereinbart sind. Dafür sollen Lebensmittel von Polen in hinreichender Menge eingeführt werden. Da bekannt ist, daß Profitgier, trotz aller Freikaufstädte und Polizeimaßnahmen, doch noch Lebensmittel auszuführen beabsichtigt ist und sein wird, so müssen unsere Gesetze unverzüglich der Partei- und der Gewerkschaftsleitung Mitteilung von vorkommenden Fällen machen, auf daß rücksichtslose Verfolgung eintreten kann. Das ist nicht in Rücksicht auf die wirtschaftliche Notlage der Freikaufbevölkerung und Anstandspflicht gegenüber der polnischen Republik, auf daß die angebahnte bessere Verständigung zwischen den beiden Nachbarstaaten nicht durch Machenschaften von Spekulanten sofort wieder getrübt werde, worunter nicht nur die Hand- und Kopfarbeiter am meisten wirtschaftlich zu leiden hätten. Die Polen sind nunmehr auch geneigt, Danziger Notgeld bis zu einer gewissen Höhe in Zahlung zu nehmen. Hinsichtlich des Sperrgesetzes bezüglich Erwerbung von Grundstücken im Gebiet der freien Stadt soll künftig ein mildere Handhabung Platz greifen. Die Verjüngung der Aufsicht erfolgt fernerhin nur dann, wenn Ausländer hier keinen dauernden Wohnsitz haben. Die Rationiertheit bildet für uns keinen Grund mehr für Verjüngung der Aufsicht. Bezüglich der Sicherstellung der Steuern von polnischen Bürgern wurde vereinbart, daß fortan von ihnen bei kurzem Aufenthalt wohnsitzweise Steuern nicht beigetrieben werden sollen. Nur solche polnischen Staatsangehörigen kommen in Frage, die hier Geschäfte treiben und Gewerbe anbetreiben. Gebäude, welche den Polen von der internationalen Kommission angekauft wurden, werden ihnen nunmehr unverzüglich übergeben. Die Polen geben die Versicherung, daß in Danzig errichtete Versicherungsgesellschaften reiflos in Polen zum Geschäftsbetrieb zugelassen werden. Dies sind die Verhandlungspunkte, über die bisher eine Einigung erzielt wurde und es ist damit der Beweis erbracht worden, daß auf dem Wege vernünftigen Verhandlung viele Reibungsstellen zwischen der polnischen Republik und der freien Stadt beseitigt werden können.

Es wird immer knapper. Schon jetzt kann sich der Sale nur mit Mühe und Not in dem bunten Reigen der zahllosen Reichsbanknoten und vielerlei Notgeldscheine zurechtfinden, und wiederum bringt die Reichsbank gleich fünf neue Geldscheine auf den Markt. Es kommen neue Scheine zu 50 000, 100 000, 500 000, 1 und 2 Millionen Mark zur Ausgabe. Die Reichsbanknoten zu 2 Millionen Mark sind 80x125 Milli-

meter groß und nur einseitig bedruckt. Auch die Scheine zu 50 000 Mark sind nur einseitig und auf welchem Papier gedruckt. Eine rotbraune Guillochenleiste trägt die Wertangabe. Die Banknote zu 200 000 Mark ist ebenfalls einseitig auf weißem Papier hergestellt. Auf dem aus kreisförmig bearbeiteten Guillochen zusammengesetzten, grauen Unterdruck steht in schwarzer Farbe, die Wertangabe. Die neuen 500 000-Mark-Noten weisen nur geringe Unterschiede gegenüber der bisherigen Serie auf. Die neuen Reichsbanknoten zu 1 Million Mark sind 80x120 Millimeter groß. Die Rückseite ist unbedruckt. Eine zweite Serie gleichwertiger Banknoten ist doppelseitig auf weißem Papier mit hell- und dunkelwirkenden Wasserzeichen bedruckt.

Bereinigte Sozialdemokratische Partei Danzig. Aktion! Frauen und Mädchen!

Dienstag, den 22. August, abends 7 Uhr, im Singaal der Petrischule am Kanalarplatz.

Große Frauenversammlung.

Tagesordnung:

Vortrag des Genossen Nahn: „Wirtschaftstragen von gestern und heute“.

Die Frauen und Töchter unserer Mitglieder werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Frauen-Ausschuß.

Unverantwortliche Schupohekerie.

Eine schwere Tragödie, die fast unglaublich ist, hat sich in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag auf dem Hofe der Polizeiwache in Stadtgebiet abgepielt, deren Opfer der Schriftsteller Bruno Zielke geworden ist. Zielke, ein ähnerst ruhiger Mensch, sah mit zwei jüngeren Brüdern und einem befreundeten Schriftsteller im Anschluß an eine kleine Familienfeier auf dem Gelände der Kadane vor der elterlichen Wohnung. Die Unterhaltung war etwas laut. Ein Schupobeamter forderte zur Ruhe auf und sah sich schließlich veranlaßt, die vier Personen mit nach der Bezirkswache zu nehmen. Die Personalien der Verhafteten wurden festgesetzt und dann nach Angaben von Augenzengen drei der Verhafteten wieder entlassen. Der jüngste der drei Gebrüder Zielke wurde jedoch auf der Wache behalten und soll dort mit Gummiknüppeln fürchterlich verprügelt worden sein. Der aus der Wache herauskommende Schupobeamte wurde deshalb von Bruno Zielke zur Rede gestellt. Angeblich küßte sich der Beamte bedrängt, griff zur Schußwaffe und verletzte den Bruno Zielke durch einen Brustschuß so schwer, daß mit dem Aufkommen des Verletzten kaum zu rechnen ist. Er befindet sich im Städt. Krankenhaus.

Das Bemerkenswerteste an diesem traurigen Vorfall ist, daß er sich vor der Wache abgepielt hat. Selbst wenn der Beamte sich mit Recht bedrängt gefühlt haben sollte, so bestanden für ihn noch andere Möglichkeiten, sich der Angreifer zu erwehren. Warum griff er nicht zum Seitengewehr? Weshalb alarmierte er nicht die Beamten auf der Wache, vor der er sich befand? Geistesgegenwart und Mut scheint diesem schicksalvollen Schupobeamten vollständig abzugehen. Das Niederknollen mehrerer Menschen darf doch nicht zu einem Sport der Schupoisten werden.

In der Nacht von Freitag zu Sonnabend wurde der Maschinist Oscar Morgenseid, Schöngasse 15 wohnhaft, mit einem schweren Oberschenkelbruch in das Städtische Krankenhaus eingeliefert. Er ist im Laufe des Sonnabends seiner Verletzung erlegen. Die hiesige Presse berichtet über den Vorfall wie folgt: Am Freitag abend hörte ein auf dem Heimwege vom Dienst befindlicher Schupobeamter am Heiligenbrunner Weg Dikturze, aus denen zu entnehmen war, daß Einbrecher überrascht worden waren. Er eilte den Ruf nach und sah zwei Männer, die sich bei seinem Nähen eiligst entfernten. Der Beamte verfolgte sie, und es gelang ihm auch, die Retirenden zu fassen. Dabei zog er, um die Fortsetzung der Furcht zu verhindern, seine Pistole und forderte sodann die beiden auf, mit ihm zur Feststellung ihrer Persönlichkeit zur Wache mitzukommen. Zunächst leitete beide Folge. Unterwegs wurde der Beamte jedoch plötzlich von einem der Männer, einem Maschinisten Morgenseid aus Danzig, angegriffen. Bei dem sich daraus entspannenden Ringen erlitt M. die Pistole des Beamten, die sich in diesem Augenblick entlud. Der Schuß ging M. in den linken Oberschenkel und verletzte ihn schwer, so daß er nach dem Krankenhaus überführt werden mußte.

Ein Mord?

Gestern morgen ist von der Loten Weichsel an der Breitenbach-Brücke eine männliche Leiche angeschwemmt worden, die etwa drei Tage im Wasser gelegen hat. Der gut gekleidete tote ist etwa 50 Jahre alt, hat granuliertes Haar, und ist anscheinend ein Ausländer, denn die Kleidung trägt ausländische Firmenzeichen. Der Fremde hat sein Leben auf gewaltsame Weise eingebüßt, entweder ist er einem Mord oder einem Streit zum Opfer gefallen, denn an der rechten Schläfe hat er eine tiefe Stichwunde. Auch befinden sich am Körper noch Duldstellen. Es wird angenommen, daß der Unbekannte tot ins Wasser geworfen wurde.

Der Ausweg aus dem Währungssehd.

Über dieses Thema hält am Mittwoch, den 22. August, abends 7 Uhr, im Friedrich-Wilhelm-Schützenbau, Gen. Volkstagsabst. Nahn einen Vortrag. Nähere Ankündigung morgen.

Schwerste Steuermarken. Die Neuauflistung von Steuermarken höheren Wertes ist vom Landessteuerrat bereits seit längerer Zeit in Auftrag gegeben. Es sind vorläufig Werte zu 20 000 Mark, 30 000 Mark, 40 000 Mark, 50 000 Mark, 100 000 Mark, 200 000 Mark, 300 000 und 500 000 Mark vorgelegen. Die Steuermarken zu 20 000 Mark konnten am 8. d. Mts. den Postämtern in Gesamtzahl von 16 Milliarden Mark zum Vertrieb übergeben werden. Die höheren Werte zu 200 000 und 300 000 Mark kamen, wie bereits durch die Bekanntmachung veröffentlicht, am 11. d. Mts. in den Vertrieb. Der Druck weiterer höherer Werte ist eingeleitet.

Devisenstand

1 Dollar 400 000 Mk.,

Pol.-Mk. 17,50 Mk., 1 engl. Pfd. 18 000 000 Mk.

Die Lehren des Generalstreiks.

Danzig hat in den letzten Jahren mehrfach Generalstreiks erlebt. Aber keiner war in seinen Zielen und Begeisterungen so bedeutungsvoll wie der letzte. Es könnte für die Danziger Arbeiterschaft geradezu katastrophale Folgen haben, wenn sie über dem allgemeinen Erschöpfungs Kampf vergessen würde, die notwendigen Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen. Es soll nicht unsere Aufgabe sein, das Ergebnis dieser Bewegung vom Standpunkt der einzelnen Berufe zu würdigen. Das ist Sache der Gewerkschaften in ihren Berufsorganisationen. Außerdem handelt es sich bei diesem Kampf um die Durchführung der allgemeinen Forderung auf wertbeständige Entlohnung, und bei einer um beratige grundsätzliche Fragen geführten Bewegung werden die Interessen einzelner Gruppen naturgemäß reich in den Hintergrund gedrängt werden. Es ergibt sich daraus allerdings die Frage, ob ein Generalstreik überhaupt ein geeignetes Mittel im nackten Lohnkampf der Arbeiterschaft ist. Wer diese Frage bejaht, muß in Kauf nehmen, daß die für die einzelnen Gewerbe ganz unterschiedlich gearteten Verhältnisse in Bezug auf gewerkschaftliche Kampfkraft und wirtschaftliche Konjunktur außer acht bleiben, was natürlich nicht ohne Einfluß auf das Ergebnis des Kampfes bleiben kann. Dieser Generalstreik läßt über diese Streitfrage allerdings hinwegkommen, da er mit einer allgemeinen Vereinbarung endet, die für die einzelnen Gewerkschaften nur eine Mindestgrundlage schuf, auf der sie nun weiter aufbauen können. Im übrigen wird die Diskussion in den einzelnen Gewerkschaften selbst Klarheit über diese differierende Beurteilung der Generalstreikwaffe im Lohnkampf schaffen.

Erheblich wichtiger ist die Frage, wie weit der allgemeine Erfolg des Streiks verbleiben kann. Es ist dabei zunächst sehr interessant, daß selbst die Kommunisten, die in der entscheidenden Versammlung das Ergebnis als völlig unzulänglich bezeichneten und jeden Gewerkschaftsfunktionär, der es sachlich würdigte, auf das mächtigste beschimpften, jetzt durch ihr eigenes Parteiorgan eines besseren belehrt werden. So bezeichnet das kommunistische „Echo des Ostens“ das Abkommen selbst als einen „gewissen Erfolg“. Wenn das Blatt dann weiter meint, die Vereinbarung bringe aber noch ungeheure Mängel und ist als Abschluß der gewaltigen Energie-Anspannung der Danziger Arbeiterschaft völlig ungenügend, so wird damit den kommunistischen Freiberufern in diesem Generalstreik ein vernichtendes Schulurteil gesprochen. Denn der mit allen Mitteln unternommene Versuch, die Bewegung in ein kommunistisches Fahrwasser zu lenken, ist allein die Ursache, daß das Ergebnis des Kampfes kein besseres ist. Jeder gewerkschaftliche Kampf, der einer politischen Partei, noch zumal mit so unklaren und arbeitserföhrlichen Zielen wie der KPD, dazu dienen soll, ihre stinkende Parteihuppe daran zu festschlagen, muß den Todesfeind in sich tragen. Wir hätten schon längst, wenn die viel geläuterten Gewerkschaftsführer sich ihrer nicht angenommen und sie zum immerhin auch von kommunistischer Seite anerkannten erfolgreichen Abschluß gebracht hätten. Die paar Schreier, die sich am Mittwoch an die Spitze der streikenden Massen- und Polzarbeiter gestellt hatten, waren trotz der Mißgunst des mehr kapital- als geistig-gewaltigen Unternehmers Raabe bereits am Abend des ersten Streiktages so weit, daß sie die Leitung der KPD und des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes um Rat und Unterstützung angingen. Bereits da waren die „Verdräher und Bonzen“ gut genug, trotz ihrer erst verhassten Aushaltung auf genug, die Führung der Bewegung zu übernehmen. Wir wollen über die scheinbar vom besten Willen besetzten Mitglieder der streikenden Streikkommission den Mantel der Respektlosigkeit decken, obwohl es gut und notwendig wäre, die Arbeiterschaft eine darüber zu unterrichten, wie sehr sie sich schädigt, wenn sie darüber ihre Geschicke anvertraut, die weder über die geringsten gewerkschaftlichen, geschweige denn wirtschaftlichen Kenntnisse verfügen. Wir achten jeden ernstlich auf die Vertretung der Interessen seiner Kollegen bedachten Arbeiter trotz seiner einseitigen Jugendlichkeit, wenn er sich nur seiner Verantwortung bewußt ist. Das aber ein ganz in der Richtung der noch frisch von der Schulbank weg sich mit den ersten Versuchen im Zigarettenrauchen abmüht, ein ernst zu nehmender Vertreter der Arbeiterschaft gegenüber Unternehmern und Behörden ist, kann doch selbst der wildeste „Revolutionär“ nicht annehmen. In diesen und manchen anderen schwerwiegenden Fehlern, die ein Teil der Arbeiterschaft machte, lagen bereits vom ersten Tage an die Schwächen der Streikbewegung, die ihren Erfolg von vornherein beeinträchtigte.

Am schwersten geschädigt ist die Sache der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft durch die wilden von den Kommunisten und Syndikalisten inszenierten Vorgänge in den beiden Funktionärversammlungen. Schon der gewaltig herbeigeführte Reichsbes Generalstreiks hatte seine ordnungsgemäße und erfolgreiche Führung stark in Frage gestellt. Nur der Disziplin der Gewerkschaftsmitglieder ist es zu verdanken, daß nicht schon am ersten Tage eine gemeinsame Aktion zustande kommen soll, so wird das nur mäßige Splitterung eintrat. Wenn zukünftig überhaupt eine gemeinsame Aktion zustande kommen soll, so wird das nur mäßige Splitterung eintrat. Wenn zukünftig überhaupt eine gemeinsame Aktion zustande kommen soll, so wird das nur mäßige Splitterung eintrat. Wenn zukünftig überhaupt eine gemeinsame Aktion zustande kommen soll, so wird das nur mäßige Splitterung eintrat.

Es kann im Interesse der Arbeiterschaft gar nicht ernst genug darauf hingewiesen werden, wie sehr sie sich durch die Duldung von Radikalen in ihren Versammlungen schädigt. Sie bringt sich damit leichtsinnigerweise um Ansehen und Erfolg. Das trifft besonders diesmal für das wilde Auftreten der Kommunisten und Syndikalisten zu. Abgesehen davon, daß durch die wilden Radikalen die weitere Teilnahme einer ganzen Reihe von Organisationen, besonders der zum erstenmal gemeinsamen mit der Arbeiterschaft kämpfenden bürgerlichen Angestellten, stark in Frage gestellt werden mußten auch dem ruhigen und vernunftmäßigem Verhalten alten Gewerkschaftsfunktionär und kommunistischen Elementen eine Weiterführung und ordnungsgemäße Beendigung des Streiks möglich sei. Es ist uns bekannt — und das mögen besonders diese „revolutionären“ Elemente beachten —, daß eine nicht unerhebliche Anzahl Verbandsfunktionäre den Streik wegen eines besseren Erfolges weitergeführt hätte, wenn durch die wilden Radikalen nicht die Gefahr der Zersplitterung herausbejohoren worden wäre. Durch ihre unzulässige Taktik des Niederbrüllens haben die auf das Weiterstreben hinarbeitenden Elemente sich also selbst um ihren Erfolg gebracht. Vielleicht geben alle diese Feststellungen den noch überlegungsunfähigen linksradikalen Anhängern Veranlassung, über ihre tadelhaften und sich selbst schädigenden Methoden nachzudenken.

Dresdner Bank in Danzig

Langer Markt 12/13

Danziger Creditanstalt Aktienges.

Danzig, Langer Markt 37/38
früher: MEYER & GELHORN
Aktienkapital und Reserven: 300 Millionen Reichsmark
Reichsbank-Giro-Konto: Danzig
Telefon Nr. 3383, 3384, 3475, 3674
Postscheck-Konto: Danzig 529, Stettin 529
Telegramm-Adresse: Creditanstalt
Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte



Direktion der Diskonto-Gesellschaft

Filiale: Danzig, Langgasse 45
Depositenkasse: Langfuhr, Hauptstr. 32
Bankmäßige Geschäfte aller Art

BANK PRZEMYSŁOWCÓW

ODDZIAŁ W GDAŃSKU
ZENTRALE IN POZNAŃ / GEGR. 1861
Girokonto Reichsbank — Postscheck-Konto 584
Tel. 352, 5384, 5387, 5398, 6653, 6654
Telegramm-Adresse: „Wislabank“

Konrad Szytkgold, Bank

Danzig, Langgasse 3
Fernsprech-Anschluß 6204, 6205, 1119
Telegramm-Adresse: „A D K O N“

Bank Dyskontowy Aktiengesellschaft

BYDGOSZCZ Langer Markt Nr. 18 DANZIG
Telefon 214, 311, 5285, 5286
20 Filialen und Zahlstellen in Polen und Freistadt Danzig

Hansa-Bank

Aktiengesellschaft
DANZIG
Brotbäckergasse Nr. 3 = Telefon 560, 1899, 7184, 7185

Commercialbank A.-G.

in Danzig, Hundegasse 60
Fernspr. 3180, 6016, 6865, 6866 = Reichsbank-Girokonto
Postscheckkonto Nr. 7371 = Telegr.-Adr.: COBADAN

BANKHAUS FILIPOWSKI & CO.

DANZIG, HUNDEGASSE 99
Telephon 2515, 6920, 6921 = Telegr.-Adr.: Filipobank
Bankkonto: Danziger Bank für Handel und Gewerbe
Postscheckkonto: Danzig Nr. 1103

Osteuropäische Bank A. G.

Danzig, Langer Markt 3
Telephon 5883 bis 5891 u. 391
Telegramm-Adresse: Osteuropabank

Deutscher-Abteilung · Warenambours-Abteilung
Überweisungen nach Rußland

Gebr. Schönberg

Bank und Handelshaus
DANZIG, Langer Markt 41
Eingang: Matzkauische Gasse
Telefon 5929, 6428, 6715 = Telegr.-Adr.: Matzbank

Dempke & Siegfried

Bankgeschäft
Danzig, Holzmarkt 18
Gegründet 1905
Drahtanschrift: Detes — Fernsprecher 1871, 5433, 5453

Warszawski Bank Zjednoczony

ODDZIAŁ W GDAŃSKU
Hundegasse Nr. 27-28
Telefon: 136, 1864, 5952, 6876, 6877
Telegramm-Adresse: Warszawa
Zentrale: Warschau · Filialen: London, Paris u. Leipzig

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz! Ohne Gewähr!
(H) Flugverkehr

Danzig—Warschau—Lemberg		Lemberg—Warschau—Danzig	
Danzig	ab 9 ⁰⁰	Lemberg	ab 8 ⁰⁰
Warschau	an 11 ³⁰	Warschau	an 11 ⁰⁰
Warschau	ab 3 ⁰⁰	Warschau	ab 4 ⁰⁰
Lemberg	an 6 ³⁰	Danzig	an 6 ³⁰

RAUMKUNST-WERKSTÄTTEN SALEWSKI-PFEIFFER

Danzig-Langfuhr, Pommersche Chaussee 3-5
Fernruf 5257

Feinmöbel □ Gedicgene Bürgermöbel □ Innenausbau

Warschau-Danziger Bank H.-G.

Filiale Danzig, Breitgasse Nr. 111
Telefon 15-92, 23-67 · Telegr.-Adr.: „Pobeco“

Jarislowsky & Co.

Filiale Danzig
Langgasse Nr. 48/49
Stammhaus Berlin · Filialen: Kattowitz und Beuthen
Telefon: 3576, 106, 5325, 5420, 6050 · Postscheckkonto: 7281
Ausführung sämtlicher bankgeschäftlichen Transaktionen

Banku dla Handlu i Przemysłu w Warszawie

Oddział w Gdańsku
Reitbahn 18
Telefon Nr. 533, 3698, 3399
Telegramm-Adresse: Bankwar

Polski Bank Handlowy

GDANSK = Gr. Wollwebergasse 27 = DANZIG
Telegramm-Adresse: Polbank = Fernsprecher Nr. 967, 5446
Zentrale Poznań, Plac Wolności 8/9
Gründungsjahr 1875 = Oddziałów 45 Filialen

Bank Bydgoski Towarzystwo Akcyjne

Oddział Gdański
Kohlenmarkt 12 :: Telephon 2263, 5689, 5993, 7177
Reichsbankgirokonto :: Postscheckkonto Danzig 1930

Polski Bank Przemysłowy

Oddział w Gdańsku
Danzig, Langer Markt 35 :: Telef. 5340, 5341, 5342, 5343

Bank dla Handlu Zagranicznego w Warszawie Sp. Akc.

Oddział w Gdańsku
Langgasse 371
Zentrale in Warschau, Marszałkowska 142
Girokonto Reichsbank
Telefon 1600, 2662, 5721
Telegr.-Adr.: Fortrade

Textilbank

Aktiengesellschaft
DANZIG
Töpfergasse 23/24
Fernsprecher 7060 und 7061
Spezialverkehr mit der Lodzer Textilgroßindustrie

Bergsträßer & Co. G. m. b. H.

Bankgeschäft
DANZIG, Langermarkt 25
Tel.-Adr.: Bercobank = Fernsprecher Nr. 2901

Danziger Union-Bank

Aktiengesellschaft
Danzig, Kohlenmarkt Nr. 9
Tel.-Adr.: Danzunionbank · Fernsprecher 3872, 3873
Reichsbank-Giro-Konto
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte

Geschäftsdruckfaden

Politische, wissenschaftliche und schöne Literatur
hält in reicher Auswahl vorrätig oder besorgt prompt
Verhandlung Volksrecht J. Gehl & Co. Am Spandauer 6 u. Parzellengasse 32

Danziger Bank für auswärtigen Handel

Aktiengesellschaft
Große Wollwebergasse Nr. 1

Bernstein-Drechserei

H. Silberstein
Danzig, Peterstraße 10/11
Fabrikation von echtem Bernstein
Schmuck und Instrumente
Ankauf von Rohbernstein

Bank Handlowy w Warszawie

Oddział w Gdańsku
Langer Markt 7/8 · Geogr. 1870
Telegr.-Adresse: Handlobank
Telefon Nr. 1786, 3477, 5435